

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postfachkonto: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Verkaufspreis: 5 Pfennig, Einzelhefte 10 Pfennig, 3 Monate 2,50 Mark, 6 Monate 4,50 Mark, 1 Jahr 8,00 Mark, 2 Jahre 15,00 Mark, 3 Jahre 24,00 Mark, 4 Jahre 32,00 Mark, 5 Jahre 40,00 Mark, 6 Jahre 48,00 Mark, 7 Jahre 56,00 Mark, 8 Jahre 64,00 Mark, 9 Jahre 72,00 Mark, 10 Jahre 80,00 Mark.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Redaktion: Dresden, Postfach 1268
Telefon: 1268

Schriftleitung: Dresden, Postfach 1268
Verlagsdruckerei: Dresden, Postfach 1268

Abonnementpreis: 30 Pfennig, Einzelhefte 10 Pfennig, 3 Monate 2,50 Mark, 6 Monate 4,50 Mark, 1 Jahr 8,00 Mark, 2 Jahre 15,00 Mark, 3 Jahre 24,00 Mark, 4 Jahre 32,00 Mark, 5 Jahre 40,00 Mark, 6 Jahre 48,00 Mark, 7 Jahre 56,00 Mark, 8 Jahre 64,00 Mark, 9 Jahre 72,00 Mark, 10 Jahre 80,00 Mark.

Nr. 21

Dresden, Mittwoch den 25. Januar 1928

39. Jahrg.

Neuer Krach im Block

Der Bürgerblock schreitet von Konflikt zu Konflikt. Der neueste Krach ist jetzt über die Schaffung eines Rentnerversorgungsgesetzes entstanden. Die Regierung, die durch die Verschleppung dieser Frage in den Reihen der Kleinrentner herrscht, hat die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei veranlaßt, jetzt in die Beratung des demokratischen Antrags einzutreten, den sie vor zwei Monaten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt haben. Die Haltung der Reichsregierung, und zwar des Gesamtkabinetts — nicht nur des Arbeitsministeriums, wie es die Rechte darzustellen beliebt — ist heute noch die gleiche wie im November. Die Regierung verlangt die Verschiebung der Beratung bis zum Abschluß der Etatsberatung, weil erst dann zu überlegen sei, welche Mittel für die Rentnerversorgung zur Verfügung stehen. In den interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien ist es inzwischen wegen dieser Differenz und wegen des Antrags des Reichsversorgungsgesetzes zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den beiden Rechtsparteien gekommen.

In der Diensttagung des Sozialpolitischen Ausschusses erklärte nun die Zentrumsabgeordnete Frau Reusch, daß sich das Zentrum angeichts der Haltung der anderen Regierungsparteien einer Beratung der unumkehrbaren Frage nicht widersetze. Es lehne aber jede Verantwortung für die Erhebung finanziell unerschöpfbarer Hoffnungen ab. Dieser Erklärung schloß sich die Bayerische Volkspartei an. Als dann in die materielle Beratung der demokratischen Vorlage eingetreten wurde, ergab sich sofort, daß die Rechtsparteien nur eine kleine Gruppe ehemaliger Rentner als Opfer der Inflation herausgreifen und einen Anspruch auf Rente gewähren wollen, während die übrige Mehrzahl der enteigneten Kleinrentner der öffentlichen Fürsorge überlassen bleiben soll. Diesen Absichten widersprachen die Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten entschieden. Der sozialdemokratische Abg. Vogt erklärte, daß man die Inflationsoffer, bei denen der Zins aus eripiertem Kapital nur einen Teil der Existenzgrundlage gebildet hat, nicht schlechter behandeln könne als jene, die vom Zinsverlust allein leben müssen. — In Abstimmungen kam es im Ausschuss noch nicht.

Knauf vor der Schulberatung

8. Berlin, 25. Januar. (Sig. Junkspruch.) Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien befaßte sich am Dienstag wieder einmal mit den seit Wochen unfruchtbar diskutierten Paragraphen des Reichsschulgesetzes. Man kam überein, alle Fragen, die zu Konflikten Anlaß geben, vorläufig nicht weiter zu beraten, aber trotzdem die erste Beratung des Gesetzes zu Ende zu führen. Mit dieser Vereinbarung will man sich bis auf weiteres genügen. Die Lösung der ungelösten Schwierigkeiten soll versucht werden, sobald die zweite Lesung des Reichsschulgesetzes erfolgt.

Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen ihren Antrag zu § 20 dem Bildungsausschuss des Reichstages vorgelegt. Er lautet:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine noch nicht ausreichende Volksschule nach Gesetz oder Verordnung besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustand.“

Der Antrag läuft praktisch auf eine unbegrenzte Sprecherhaltung der Simultanlehre hin.

aus. Man denkt im Lager der Regierungsparteien aber daran, diesen Antrag insofern zu mildern, als man dem Staatsgerichtshof die Bestimmung der Simultanlehre überlassen will. Die Volkspartei hat anscheinend nichts dagegen.

Reubell über die Kosten

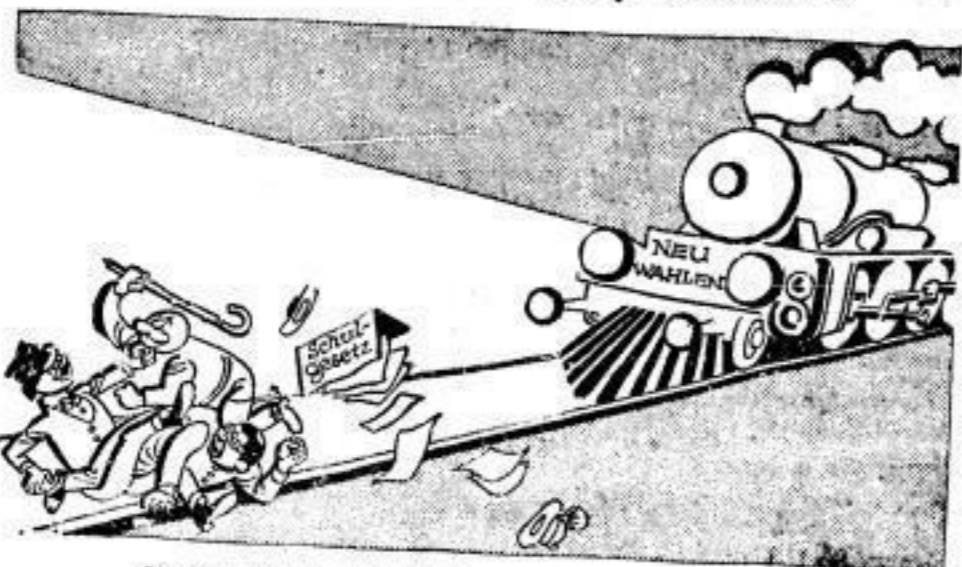
D. Im Bildungsausschuss des Reichstages gab der Reichsinnenminister v. Reubell am Dienstag eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die Lastfrage über die mutmaßliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklären, mehr oder weniger ausdrücklich betont, daß den von ihnen vorgeschlagenen Schulungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, die Berechnung der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, zu berechnen, da die Einrichtung von Schulen zu bezweckenden, Gebrauch machen, und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben werde.“

Die Reichsregierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufwendungen der Schulbauten obliegt, Mehrkosten verursachen wird, und der Gemeinden ist sie bereit, den Kosten eine einmalige Beihilfe bis zu 30 Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Überleitung der zur Zeit bestehenden Schulverhältnisse, namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden, in den neuen Schulzustand zu erleichtern. Ein voller Erfolg der Kosten, die die Durchführung des Reichsschulgesetzes mit sich bringen wird, insbesondere eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Mehraufwendungen für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erfolg dieses Gesetzes verursachen wird. Das Nähere über die Art der Verteilung soll von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgelegt werden.“

Diese nichtsagende Erklärung des Reichsinnenministers stieß im Bildungsausschuss des Reichstages auf den Widerstand der Opposition und einzelner Landesregierungen. In der Tat ist der in Aussicht gestellte Betrag von 30 Millionen Mark im Vergleich zu den wirklichen Kosten geradezu lächerlich. Preußen allein braucht 3. V. nach der Berechnung seines Finanzministers selbst für den Fall, daß nur ein Prozent der jetzigen Schulorten umgewandelt werden muß, rund 59 Millionen Mark. Voraussetzlich ist der Projektions aber in der Praxis wesentlich höher, so daß die Gesamtkosten in die Hunderte von Millionen gehen. Aber was kümmert das den Bürgerblock und seine Regierung? Sie machen Gesetze, ohne sich um die Kosten zu kümmern und hätten niemals daran gedacht, sich darüber überhaupt Sorge zu machen, wenn die Opposition sie nicht unter Druck gesetzt und endlich Klarheit über die Kostenfrage gefordert hätte. Dieser Druck wird fortgesetzt werden, bis eine zufriedenstellende Erklärung der Reichsregierung abgegeben wird. Vor allem wäre dazu der Reichsfinanzminister berufen. Aber auch er hat bisher beharrlich geschwiegen. Die Opposition hat ihn deshalb am Dienstag ebenfalls zu näheren Äußerungen aufgefordert.

Die Koalitionsfreunde.



„Immer feste druff, die Lokomotive ist ja noch weit!“

Christliche Arbeiter

Das Zentrum, die große clerikale Partei des Deutschen Reiches, ist in eine ernste Krise geraten. Es sind die in den christlichen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter Maschinen- und Metallarbeiter, die gegen die gegenwärtige Führung und Politik des Zentrums rebellieren. Es sind die Führer der christlichen Gewerkschaften, die Jambusch und Stegerwald, die dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, dem Reichsfinanzminister Marx, den Krieg antragen, die offen drohen, sie würden bei den bevorstehenden Reichstagswahlen selbständige christliche Arbeiterkandidaten gegen das Zentrum aufstellen. Das ist mehr als eine Vorwarnung. Das ist ein Anzeichen einer bedeutungsvollen sozialen Entwicklung, die sich in dem gewaltigen Industriegebiet des Rheinlandes vollzieht.

Das Zentrum ist entstanden im Widerstand der Katholiken gegen den „Kulturkampf“ Bismarcks, der den allen Streit zwischen Staat und Kirche mit den Gewaltmitteln des preussischen Polizeistaates entscheiden zu können glaubte. Das Zentrum hat bis zum Kriege fortgelebt als die Organisation des Widerstandes des katholischen Westens und Südens gegen die Vorherrschaft des protestantischen, jüngerlichen Mittelalters. Aber die Republik hat die Vorherrschaft Mittelalters gebrochen. Das Zentrum regiert seit 1919 ohne Unterbrechung im Reich und in Preußen. Der eiserne Ring des Gefühls der Benachteiligung, der Zurücksetzung, der bis 1918 die deutschen Katholiken ohne Unterschied ihrer Klassenzugehörigkeit zusammenhielt, ist gebrochen. So mußten denn die Klassengegensätze innerhalb der katholischen Volksmassen nun stärker sichtbar werden.

Ingleich hat sich die soziale Zusammenfassung des Zentrums wesentlich verändert. Der Friedensvertrag von Versailles hat dem Reich große Gebiete mit katholischer Bevölkerung entrissen. Ufah-Vorbringen im Westen, die polnischen Gebiete im Osten, beides Gebiete, in denen sich das Zentrum auf bäuerliche und kleinstädtische Volksmassen gestützt hatte, gehören nicht mehr zum Reich. Die bäuerlichen Merkanten, durch und durch reaktionär, sind vom Zentrum abgefallen; sie haben die Bayerische Volkspartei, das alte Gegenstück der Christlichsozialen in Oesterreich gegriindet, die nicht mehr dem Zentrum angehört. So ist denn jetzt Rheinland-Westfalen die Hauptstütze des Zentrums. Aber in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bilden die Arbeiter die ungeheure Mehrheit der Wählerschaft. Kaum weniger als eine Hälfte der Zentrumswähler sind Arbeiter.

Aber in diesen gläubigen katholischen Arbeitermassen pärt es schon lange. Was haben sie doch in diesen letzten Jahrzehnten alles erlebt! Sie haben es erfahren, wie das dunklere Vaterland ihre Anstrengungen, ihre Opfer im Weltkrieg damit lohnte, daß es ihnen den Achtstundentag nahm, sie wieder zu größtmöglicher Arbeit in der höllischen Hitze des Hochofens zwang. Sie haben es erlebt, wie katholische Kapitalisten, die mit Juden und Protestanten zusammen im Stahlwerksverband und im Kohlenyndikat saßen, wie Großunternehmer vom Schlage der Thyssen, Altkrüger, Louis Sagen, die an der Führung der Zentrumspartei großen Anteil haben, ihren katholischen Arbeitern nicht minder gewalttätig, nicht minder brutal entgegengetreten wie protestantische und jüdische Großunternehmer. Sie haben die Massenarbeitslosigkeit in der Rationalisierungszeit, sie haben die schamlose Rebellion der Stahlkönige gegen die Wiedereinführung des Achtstundentags erlebt. Immer wieder haben sie sich, Schulter an Schulter und Hand in Hand mit ihren sozialdemokratischen Arbeitskollegen, gegen den gierigen Mammutkapitalismus des großen Kohlen- und Stahlreviers zur Wehr sehen müssen. Immer wieder haben sie dabei auf katholische Unternehmer, während Männer des Zentrums in den Reihen ihres Feindes.

Solche Erlebnisse bleiben nicht ohne Einfluß. Schon im September 1926, auf der Internationalen Konferenz der katholischen Arbeitervereine in Antwerpen, hat der Zentrumsabgeordnete Zoos freimütig die Gärung in den katholischen Arbeitervereinen geschildert. „Im ganzen Deutschen Reich“, sagte Zoos, „hat sich die seelische und praktische Haltung der katholischen Arbeiter zur sozialistischen Bewegung vollkommen geändert. Der Gegensatz ist zwar noch da, aber er wird im wesentlichen nur noch in weltanschaulichen Fragen empfunden, nicht so sehr mehr in der Verfolgung sozialer und wirtschaftlicher Ziele... Ein scharfer Kampf gegen die Sozialisten fände in katholischen Arbeiterkreisen keine Begründung mehr.“ Die christlichen Arbeiter wollen sich nicht mehr gegen ihre sozialdemokratischen Klassenengenossen, Schicksalsgenossen, misbrachten lassen. Nicht die Sozialdemokraten, die Unternehmer, auch die katholischen Unternehmer, die Zentrumsabgeordnete, betrachten sie als ihren Feind. „Die katholische Arbeiterkraft“, sagte Zoos, „empfindet sehr bitter die Lage religiöse, antisoziale wie auch die merkwürdige politische Haltung katholischer Unternehmer.“ Zoos, der Zentrumsabgeordnete, gab auch schon ganz freimütig zu, daß die christlichen Arbeiter auch gegen die katholische Geistlichkeit nicht zurück zu werden beginnen. „Mit der Priester teil Seelensorge, sondern ein Geldhunger“, sagte Zoos, „oder ist er nur für bessere Kreise der Gemeinde zuständig, dann ist das Vertrauen aufs stärkste erschüttert. Im Grenzgebiet von Religion und Wirtschaft und Religion und Politik wird die Meinung des Geistlichen heute nicht mehr als Grundsatz gewertet.“

„Mehr noch! Schon beginnt sich in manchen Städten katholische Gläubigkeit mit sozialistischen, ja mit revolutionären“